

Uber & Co.: Prekäre Arbeit, Dumpinglöhne – und keine AHV

Die Migros ist nicht das erste Unternehmen in der Schweiz, das Leute für ein Taschengeld beschäftigt. Der mittlerweile eingestellte Dumping-Taxidienst „Uber Pop“ funktionierte ebenfalls nach diesem Muster. Die Swisscom schickt unter dem Label „Mila Friends“ technisch versierte Anwenderinnen und Anwender aus der Nachbarschaft zu ihrer Kundschaft, etwa um den neuen Internet-Router zu installieren. Der Preis für die Dienstleistung wird direkt mit dem „Friend“ (Freund) abgemacht.

Plattform-Prinzip

Und Ikea arbeitet fürs Ausliefern der Möbel in Genf mit der Lieferfirma Trusk zusammen, die vorwiegend Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Frankreich beschäftigt. Monats-({Dumping-})Lohn: 1'900 Franken. All diesen Diensten gemeinsam ist das Plattform-Prinzip: Ein Algorithmus sucht für jede neue Aufgabe eine Arbeitskraft. Das ist Kapitalismus in Reinkultur. Früher, ohne Computer, war es nicht rationell, für jede kleine Aufgabe eine Person zu suchen und danach wieder zu entlassen. Deshalb entstanden Firmen, die ihre Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem Vertrag längerfristig anstellen. Doch heute ist es möglich, mit ein paar Klicks selbst winzigste Aufträge an einen Markt mit Tausenden Arbeitskräften zu vergeben. Damit verschiebt sich das Machtgefüge in der Arbeitswelt noch mehr zugunsten der Firmen: Mindestlohn, Kündigungsschutz, Ferienanspruch, Streikrecht - davon wollen solche Plattformen meist nichts wissen. Sarah Schilliger, Expertin für prekäre Arbeitsverhältnisse an der Uni Basel, sagt: „Arbeit gibt's dort nur auf Abruf, befristet, flexibilisiert und ohne jegliche soziale Sicherung wie AHV, Arbeitslosen- oder Krankentaggeld.“

Kanton muss handeln

Und die nächste Plattform steht bereit: Wieder ist es der US-Gigant Uber. In Genf und Lausanne lässt er schon Mahlzeiten per Velo oder Töff ausliefern, unter anderem für McDonald's. Ohne Unfallversicherung, ohne AHV-Beiträge, zu Dumpinglöhnen. Bald soll „Uber Eats“ auch in Zürich starten. Die Unia fordert jetzt den Kanton auf, aktiv zu werden. Lorenz Keller von der Unia Zürich-Schaffhausen fordert: „Die Volkswirtschaftsdirektion muss prüfen, ob „Uber Eats“ die Schweizer Gesetze einhält. Und zwar bevor sich die Firma in Zürich festsetzen kann“.

Christian Egg.

Work online, 12.4.2019.

Personen > Egg Christian. Uber. Arbeit auf Abruf. Work, 2019-04-12